

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Rates der Gemeinde Lastrup am Montag, dem 30. September 2013.

Tagungsort: Sportschule Lastrup

Teilnehmer: a) stimmberechtigt: Ratsfrau Anette Balgenort, Ratsfrau Marianne Brand, Ratsherr Alfons Brinker, Ratsherr Clemens Haker, Ratsherr Felix Klugmann, Bürgermeister Michael Kramer, Ratsvorsitzender Aloys Landwehr, Ratsfrau Stephanie Landwehr, Ratsfrau Maria Lübke, Ratsfrau Sandra Obermeyer, Ratsherr Jürgen Ostendorf, Ratsherr Christoph Rohe, Ratsherr Georg Rüter, Ratsherr Horst Schleider, Ratsherr Fabian Wesselmann, Ratsherr Thomas Westendorf, Ratsherr Bernhard Wilken

b) von der Verwaltung: Protokollführer Markus Moorbrink

d) es fehlte/n: Ratsherr Andreas Bojer, Ratsherr Andreas Ortmann

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Landwehr eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er begrüßte insbesondere die anwesenden Zuhörer sowie den Vertreter der Münsterländischen Tageszeitung, Herrn Ellmann.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Landwehr stellte die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest. Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

3. Genehmigung des öffentlichen Teiles der Niederschrift über die 8. Sitzung des Rates vom 26.06.2013

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Rates vom 26.06.2013 – öffentlicher Teil – wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis einstimmig

4. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

BM Kramer teilte mit, dass seit der letzten Ratssitzung am 26.06.2013 insgesamt drei Sitzungen des Verwaltungsausschusses stattgefunden hätten. Der Bürgermeister erläuterte sodann die wesentlichen Inhalte der in diesen Sitzungen gefassten Beschlüsse.

5. Abschluss neuer Konzessionsverträge für Strom und Gas

Zum Sachverhalt wird auf die ausführliche Darstellung dieser Angelegenheit in der Vorlage Nr. 2013/082 verwiesen.

BM Kramer teilte mit, dass die Gemeinde Lastrup vor rund 3 Jahren das Auslaufen der Konzessionsverträge für Strom und Gas angezeigt habe. Gleichzeitig sei man, wie übrigens alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden, der neu gegründeten Energienetze Nordwest GmbH, kurz ENW, beigetreten. Gemeinsam mit den anderen kreisangehörigen Städten und Gemeinden habe man dann ein Ausschreibungsverfahren für die Neuvergabe der über 20 Jahre laufenden Konzessionsverträge für Strom und Gas betrieben, bei dem unter mehreren Bewerbern letztendlich die ENW den Zuschlag erhalten habe. Einen entsprechenden Ratsbeschluss der Gemeinde Lastrup habe es im Mai 2012 gegeben.

Vom Bürgermeister wurde weiter ausgeführt, dass sich mehrere Betreiber bei der ENW aufgrund deren Suche nach einem strategischen Partner für den zukünftigen Betrieb der Netze beworben hätten. Leider habe die EWE sich lange Zeit nicht bewegt und es strikt abgelehnt, als strategischer Partner der ENW tätig zu sein, sodass sich die ENW mit den Stadtwerken Osnabrück für einen anderen strategischen Partner entschieden habe. Leider sei die Nachbargemeinde Molbergen bereits sehr früh wieder aus der ENW ausgetreten und habe sich für eine Neuvergabe der Konzessionen an die EWE entschieden. Damit sei die in Form der ENW gebildete Solidargemeinschaft zwischen den Städten und Gemeinden im Landkreis Cloppenburg bereits sehr früh angefangen zu bröckeln. Weitere Gemeinden seien dann ebenfalls sehr früh aus der ENW ausgeschieden und auch andere seien dann später ebenfalls eingeknickt und hätten sich für eine Vergabe der neu abzuschließenden Konzessionsverträge an die EWE entschieden. Am heutigen Tage seien inklusive Lastrup noch 3 Kommunen Mitglied der ENW. Entsprechende Ratsbeschlüsse der beiden anderen Mitgliedskommunen zum möglichen Ausstieg aus der ENW würden allerdings unmittelbar bevorstehen.

BM Kramer teilte weiter mit, dass sich die EWE sehr spät, aber immerhin dann doch auf die Kommunen zubewegt und entsprechende modifizierte Angebote für eine Neuvergabe der Konzessionen an die EWE vorgelegt habe. Es sei ganz klar festzuhalten, dass durch die Gründung der ENW und dem damit klar gemachten Willen der Kommunen, im Bedarfsfall auch eigene Wege gehen zu wollen, deutlich bessere Konditionen mit der EWE hätten ausgehandelt werden können als dies ursprünglich der Fall gewesen sei. Durch die ENW hätten die Kommunen gegenüber der EWE eine deutlich bessere Verhandlungsposition als sonst gehabt. Er bedaure es allerdings sehr, dass mehrere Gemeinden bereits frühzeitig aus der Solidargemeinschaft der ENW ausgestiegen seien; durch einen längeren Verbleib dieser Kommunen in der ENW hätte sich die EWE sicher noch weiter auf die Städte und Gemeinden zubewegt und noch bessere Konditionen als jetzt angeboten, so BM Kramer abschließend dazu.

Ratsherr Westendorf teilte mit, dass die CDU-Fraktion insbesondere angesichts der hohen Übernahmekosten für die Netze durch die ENW keinen Sinn in einer „Insellösung“ sehe, bei der die Gemeinde Lastrup als einzige Kommune in der ENW verbleibe. Unter den jetzt gegebenen Umständen sei man bei der EWE gut aufgehoben, daher werde man einer Neuvergabe der Konzessionsverträge für Strom und Gas an die EWE zustimmen.

Ratsherr Schleider führte aus, dass sich die SPD-Fraktion für einen Verbleib der Gemeinde Lastrup in der ENW ausspreche. Mit den Stadtwerken Osnabrück habe die ENW einen guten und zuverlässigen strategischen Partner für den Betrieb der Netze gefunden, außerdem sei aus der ENW-Beteiligung eine attraktive Rendite zu erwarten.

Ratsherr Wesselmann bemängelte, dass die EWE die notwendigen Daten hinsichtlich einer möglichen Übernahme der EWE-Netze durch die ENW erst im allerletzten Moment geliefert habe. Er würde es bedauern, wenn die Gemeinde Lastrup aus der ENW aussteige. Durch einen Verbleib in der ENW bestehe ein viel größerer Mitspracheanteil, als dies bei einer möglichen Beteiligung an der EWE-Netz GmbH der Fall sei. Durch einen Verbleib in der ENW sehe er einen weiteren Vorteil darin, dass mittelfristig eine Absenkung der Energiepreise erreichbar sei. Außerdem sei, wie bereits von Ratsherrn Schleider dargelegt, eine ansprechende Rendite für die Gemeinde Lastrup zu erwarten und auch die dauerhafte Versorgungssicherheit sei durchaus gewährleistet, da die Stadtwerke Osnabrück sogar geringe Ausfallzeiten der Netze zu verzeichnen hätten als die EWE. Er bedaure es außerdem sehr, dass bereits fast alle kreisangehörigen Kommunen ihren Ausstieg aus der ENW beschlossen hätten. Die EWE habe durch ihre öffentlichen Kampagnen mit Erfolg nicht zuletzt bei ihren eigenen Mitarbeitern sowie den Mitarbeitern ihrer Vertragspartner sehr viel Verunsicherung und Ängste geschürt. Natürlich seien Arbeitsplätze tatsächlich nicht gefährdet gewesen, da schlussendlich ja auch die ENW einen entsprechenden Bedarf bei Übernahme der Netze an deren Betrieb habe. Er persönlich würde auch eine „Südkreislösung“ mit den jetzt noch in der ENW verbliebenen Kommunen unterstützen und sehe es nicht als erforderlich an, dass die Gemeinde Lastrup zum jetzigen Zeitpunkt aus der ENW aussteige.

Der Rat fasste folgenden Beschluss:

Der Ratsbeschluss vom 29.05.2012 zur Vergabe der Konzession für Strom und Gas an die ENW wird aufgehoben. Durch die Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 29.05.2012 ist die Rücknahme des Konzessionsvertragsangebotes der ENW damit wirksam geworden mit der Folge, dass die Konzessionsverträge für Strom und Gas mit dem im Auswahlverfahren zweitplatzierten Unternehmen, der EWE-Netz GmbH, abzuschließen sind. Dem Abschluss eines neuen Wegenutzungsvertrages Gas und Strom mit der EWE-Netz GmbH für die Dauer von 20 Jahren wird zugestimmt. Das Auswahlverfahren ist durch die Veröffentlichung des Abschlusses im Bundesanzeiger zu beenden.

Abstimmungsergebnis:

13 ja-Stimme/n, 3 nein-Stimme/n, 1 Stimmenthaltung/en

6. Beteiligung an der Kommunalen Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG im Rahmen des EWE-Beteiligungsmodells

Zum Sachverhalt wird auf die Darstellung dieser Angelegenheit in der Sitzungsvorlage Nr. 2013/082 verwiesen.

BM Kramer führte einleitend aus, dass die EWE den Kommunen bei Abschluss eines Konzessionsvertrages für Strom und Gas eine Beteiligung an der EWE-Netz GmbH anbieten würde. In einem ersten Schritt des Beteiligungsmodells könnten sich die Kommunen mit einem Anteil von insgesamt 7,2 Prozent in die EWE-Netz GmbH einbringen. In einem weiteren Schritt bestehe dann im Jahre 2018 die Möglichkeit für die Kommunen, ihre Anteile an der Gesellschaft auf insgesamt 25,1 Prozent aufzustocken.

Für die Gemeinde Lastrup bedeute dies, dass sie insgesamt Anteile an der EWE-Netz GmbH in Höhe von 2.564.812,80 € zeichnen könne. Eine Verpflichtung zu einer Beteiligung an der EWE Netz GmbH bestehe aber nicht. Diese Summe basiere auf einem Berechnungsmodell, das einen Flächen- und einen Einwohnerfaktor für die jeweiligen Städte und Gemeinden berücksichtige. Es bestehe die Möglichkeit, im Rahmen einer ersten Zuteilungstranche bereits jetzt Anteile in Höhe von zunächst rund 417.300 € zu zeichnen. Unter Umständen könnte die Gemeinde aber auch über diese Summe hinausgehende Anteile erwerben, da einige Kommunen das ihnen zur Verfügung stehende Anteilskontingent nicht voll ausschöpfen würden und die übrigen Kommunen dadurch in den Genuss der nicht in Anspruch genommenen Anteile kommen könnten, wenn sie dies wollten. In einer zweiten Zeichnungstranche im Jahre 2018 könnte die Gemeinde Lastrup dann weitere Anteile bis zu dem genannten Höchstbetrag von

2.564.812,80 € erwerben. Darüber sei dann jedoch zu gegebener Zeit erneut zu beraten und entscheiden.

BM Kramer führte weiter aus, dass, sofern die Gemeinde Anteile an der EWE-Netz GmbH erwerbe, diese für einen Zeitraum von 15 Jahren mit einer Garantiedividende von brutto 4,75 Prozent vergütet würden. Durch derzeit in der Diskussion stehende Umstrukturierungen auf Seiten der EWE wäre es aufgrund entsprechender Berechnungen unter Umständen sogar denkbar, später eine Einlagen-Dividende in Höhe von brutto 6,25 Prozent zu erzielen. Durch die Bildung eines so genannten steuerlichen Querverbundes mit dem defizitären Naturerlebnisbad der Gemeinde könnten steuerliche Vorteile genutzt werden, sodass die Bruttodividende im Ergebnis faktisch fast auch der verbleibenden Nettodividende entsprechen würde. Erträge aus der Dividende könnten mit Defiziten aus dem Bad gegen gerechnet werden, sodass die Dividende nahezu steuerfrei bleiben würde.

Es sei allerdings klar festzustellen, so BM Kramer weiter, dass die Gemeinde Lastrup eine Beteiligung an der EWE-Netz GmbH nur über eine Fremdfinanzierung realisieren könne. Im diesjährigen Haushalt sei nach 13 Jahren erstmalig wieder eine Kreditaufnahme in Höhe von 2 Millionen Euro vorgesehen, was insbesondere auf zahlreiche investive Maßnahmen zurückzuführen sei. Er plädiere für eine Beteiligung an der EWE-Netz GmbH mit einer Garantiedividende von 4,75 Prozent. Die Zinsen für die Aufnahme von Fremdkapital würden dagegen im kommunalen Bereich derzeit rund 2 Prozent betragen, sodass hier eine wirtschaftlich sinnvolle Investition seitens der Gemeinde getätigt werden könne.

Ratsherr Wesselmann teilte mit, dass die Gemeinde Lastrup seiner Ansicht nach bei einer Beteiligung an der EWE-Netz GmbH wie von BM Kramer vorgestellt kaum ein Mitspracherecht in dieser Gesellschaft habe. Dies bedeute keine wirkliche Möglichkeit der Einflussnahme auf den Netzbetrieb. Auf der anderen Seite seien die Zahlen der Renditebetrachtung auf den ersten Blick sicherlich verlockend. Es solle seiner Ansicht nach aber kein Fremdkapital aufgenommen werden, um sich an einem Unternehmen zu beteiligen, in dem man später keine Mitsprache habe. Das Beteiligungsmodell erachte er als taktischen Schachzug der EWE, um die ENW zu verhindern und die Kommunen wieder ins Boot zu holen, so Ratsherr Wesselmann abschließend.

Ratsherr Westendorf teilte mit, dass das Beteiligungsmodell der EWE aus Sicht der CDU-Fraktion eine lukrative Sache für die Gemeinde Lastrup sei, auch wenn, wie bereits von Ratsherrn Wesselmann angemerkt, kein großes Mitspracherecht der Gemeinde an der Gesellschaft bestehe. Er plädiere auch dafür, dass die Gemeinde Lastrup bereits jetzt weitere, über die im Rahmen der ersten Zeichnungstranche für sie vorgesehenen Anteile von 417.300 € hinausgehende Anteile an der EWE-Netz GmbH zeichne.

Der Rat fasste folgenden Beschluss:

Die Gemeinde Lastrup beteiligt sich auf Grundlage des verbindlichen Angebotes der EWE Aktiengesellschaft vom 27.05.2013, ergänzt durch Prospektnachtrag vom 10.09.2013, an der EWE-Netz GmbH. Die maximale Beteiligungshöhe der Gemeinde Lastrup beträgt 2.564.812,80 Euro. In der ersten Tranche für 2013 erfolgt eine Beteiligung bis zu 1.000.000,00 Euro. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes bereit zu stellen. Über eine Beteiligung des dann bis zur maximalen Beteiligungshöhe verbleibenden Betrages im Rahmen der zweiten Tranche 2018 erfolgt eine erneute Beratung in den gemeindlichen Gremien.

Die Beteiligung soll im Rahmen eines steuerlichen Querverbundes mit dem Naturerlebnis- und Hallenbad erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

11 ja-Stimme/n, 6 nein-Stimme/n

7. Ausbau der Erschließungsanlagen und Abrechnung von Erschließungsbeiträgen im Bebauungsplangebiet Nr. 23 – Hemmelte, Brinkwand -

Zum Sachverhalt wird auf die ausführliche Darstellung dieser Angelegenheit zu TOP 9 der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 26.08.2013 sowie auf den Inhalt der Vorlage Nr. 2013/064 verwiesen. Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 02.09.2013 dem Rat eine entsprechende Beschlussempfehlung unterbreitet.

BM Kramer erläuterte noch einmal kurz den Sachverhalt und teilte in diesem Zusammenhang mit, dass in dem vor über 30 Jahren entstandenen Hemmelter Baugebiet „Brinkwand“ bis zum heutigen Tage die gleichnamige Erschließungsstraße noch nicht vollständig hergestellt worden sei. Konkret gehe es um ein Teilstück von 50 Metern, das, aus welchen Gründen auch immer, nicht ausgebaut worden sei, obwohl eine solche Festsetzung im entsprechenden Bebauungsplan enthalten sei. Von mehreren Anliegern sei dann der Wunsch an die Gemeinde Lastrup herangetragen worden, dieses Teilstück nunmehr auszubauen. Die politischen Gremien der Gemeinde hätten sich mit dieser Thematik beschäftigt und den Beschluss gefasst, nunmehr im Rahmen eines Lückenschlusses das noch fehlende Teilstück der Straße Brinkwand auf einer Breite von 3 Metern in Pflasterbauweise auszubauen. Die Kosten dafür würden sich auf rund 18.000 € belaufen. Ein Ausbau auf einer Breite von 6 Metern, wie dies im Bebauungsplan vorgesehen sei, würde für eine normale Siedlungsstraße keinen Sinn machen. Erheblicher Durchgangsverkehr durch den Ausbau des noch fehlenden Teilstückes sei seines Erachtens nicht zu befürchten. Die Entscheidung, das in Rede stehende Teilstück mit einer geringeren Breite als im Bebauungsplan vorgesehen auszubauen, habe allerdings zur Folge, dass die Gemeinde von den Anliegern dafür keine Erschließungsbeiträge erheben könne und die genannten Ausbaurkosten alleine trage.

Vom Bürgermeister wurde abschließend dazu mitgeteilt, dass die Katholische Kirchengemeinde St. Petrus beabsichtige, das Dorfjugendzentrum (DJC) in Hemmelte abzureißen und an gleicher Stelle ein neues DJC zu errichten. Insbesondere aufgrund des in diesem Zusammenhang zu erwartenden LKW-Verkehrs empfehle es sich, das noch fehlende Teilstück der Straße „Brinkwand“ erst nach Fertigstellung des DJC-Rohbaus auszubauen.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Wesselmann teilte BM Kramer mit, dass an einer entsprechenden Anliegerversammlung einige Befürworter sowie einige Gegner dieser Ausbaumaßnahme teilgenommen hätten. Es sei allerdings festzustellen, dass mehrere Teilnehmer, die sich während dieser Versammlung gegen den Ausbau des noch fehlenden Teilstückes ausgesprochen hätten, tatsächlich gar nicht direkte Anlieger seien. So etwas verwische das Entscheidungsbild dann natürlich. Daraufhin hätten die Hemmelter Ratsmitglieder Alfons Brinker und Clemens Haker nochmals den Kontakt mit den direkten Anliegern gesucht und deren Meinung hinterfragt. Es lasse sich zusammenfassend aussagen, dass ein Ausbau von der überwiegenden Mehrheit der Anlieger gewünscht werde. Schließlich wäre ein solcher Antrag sonst auch nicht bei der Gemeinde Lastrup gestellt worden.

Von Ratsherrn Brinker wurde mitgeteilt, dass eine überwiegende Mehrheit der Bewohner des Hemmelter Siedlungsgebietes „Brinkwand“ den Ausbau des noch fehlenden Teilstückes wünsche, wobei der Ausbau auf einer Breite von 6 Metern als nicht notwendig erachtet werde. Dies hätten entsprechende Gespräche mit den Anliegern ergeben.

Der Rat fasste folgenden Beschluss:

Im Bereich des Bebauungsplangebietes Hemmelte, Brinkwand, soll das noch nicht ausgebaute Teilstück der Straße „Brinkwand“ zur Anbindung und Aufmündung auf die vorhandene alte Siedlungsstraße in einer Breite von ca. 3 m in Pflasterbauweise hergestellt werden. Die Herstellung des Teilstückes erfolgt jedoch erst nach Fertigstellung des Neubaus des Dorfjugendzentrums (DJC) Hemmelte.

Da die Erschließungsanlagen damit noch nicht vollständig entsprechend den Festsetzungen des Bebauungsplanes hergestellt sind, werden für diesen Ausbau gegenwärtig aus rechtlichen Gründen keine Erschließungsbeiträge erhoben. Es bleibt der Gemeinde vorbehalten, die Erschließungsanlagen zu einem späteren Zeitpunkt gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes herzustellen und dann auch Erschließungsbeiträge zu erheben. Soweit sich die Rechtslage in Bezug auf die Möglichkeiten zur Erhebung von Erschließungsbeiträgen ändern sollte, kann die Gemeinde ungeachtet dessen nach dann geltender Rechtslage Erschließungsbeiträge geltend machen und erheben.

Abstimmungsergebnis:

16 ja-Stimme/n, 1 Stimmenthaltung/en

8. Einwohnerfragestunde

Hierzu erfolgten keine Wortmeldungen.

9. Mitteilungen und Anfragen

9.1. Wahl des neuen Jugendparlaments

Auf Nachfrage von Ratsherrn Klugmann teilte BM Kramer mit, dass sich vor dem Hintergrund der Ende Oktober stattfindenden Neuwahl des Jugendparlaments die Kandidatensuche zunächst als schleppend erwiesen habe. Zusammen mit Jugendbürgermeisterin Janet Schnieder habe er dann eine rund 1 ½-stündige Informationsveranstaltung in der Aula der Oberschule durchgeführt, während der die Jugendbürgermeisterin aus der Arbeit des Jugendparlaments berichtet habe. Es würden nunmehr 19 Kandidaten für die Wahl zur Verfügung stehen. Musterstimmzettel mit den Namen der Kandidaten würden bereits aushängen. Eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit in Form von Presse- und Internetberichten würde in nächster Zeit erfolgen.

9.2. Rechtmäßigkeit der Erhöhung der Abwassergebühren durch den OOWV Brake

Auf Nachfrage von Ratsherrn Wesselmann teilte BM Kramer mit, dass sich die Verbandsversammlung des Oldenburgisch Ostriesischen Wasserverbandes (OOWV) in Brake voraussichtlich Ende Oktober mit dieser Thematik befassen werde.

Der Bürgermeister erläuterte dann noch einmal kurz den Sachverhalt und teilte dazu mit, dass der OOWV bekanntlich in nicht unerheblichem Maße die Schmutzwassergebühr in der Gemeinde Lastrup erhöht habe. Es stelle sich die Frage, ob der OOWV in seiner Gebührenkalkulation Defizite bei der Abwasserbeseitigung aus Vorjahren, die sich seinerzeit bewusst im Zuge der Wirtschaftsplanung ergeben hätten, habe einfließen lassen. Nach aktueller Rechtsprechung sei es nicht zulässig, solche bewusst entstandenen Defizite in spätere Gebührenkalkulationen einfließen zu lassen. Diese Thematik werde, wie bereits erwähnt, im Rahmen der nächsten Verbandsversammlung des OOWV angesprochen werden und könne weitreichende Konsequenzen für das gesamte Verbandsgebiet nach sich ziehen.

9.3. Überschwemmungsschäden im Bereich der Hammeler Straße in Lastrup

Auf Nachfrage von Ratsherrn Wesselmann erläuterte BM Kramer zunächst kurz den Sachverhalt und teilte in diesem Zusammenhang mit, dass in einem Wohnhaus an der Hammeler Straße in Lastrup während der sintflutartigen Regefälle Ende Juni dieses Jahres starke Wasserschäden zu verzeichnen gewesen seien. Die Wassermassen seien dort vom gegenüberliegenden Gelände des Einkaufszentrums sowie vom Gelände der ehemaligen AWILA-Hallen auf das Grundstück der Familie gelangt und hätten das Erdgeschoss überflutet, da das Gebäude sehr niedrig liege. Es hätten inzwischen Gespräche der Gemeinde mit dem

Landkreis, der vom Hochwasser betroffenen Familie und den umliegenden Grundstückseigentümern stattgefunden. Durch entsprechende bauliche Maßnahmen würden dort in Zukunft weitere Wasserschäden nicht zu befürchten sein.

9.4. Vorstellung des neuen Leiters der Sportschule Lastrup

Herr Christoph Rohling stellte sich den Anwesenden als neuer Leiter der Sportschule Lastrup vor. Bereits zum 01.07.2013 hatte er seine Stelle in Lastrup angetreten. Herr Rohling teilte mit, dass er sich auf seine neue Aufgabe freue.

10. Schließung der Sitzung - öffentlicher Teil

Ratsvorsitzender Landwehr schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.